

FREIBERUFLER-TICKER vom 26. April 20 19

1. IfM Bonn zum Gründungsgeschehen 2018

2018 gab es in Deutschland insgesamt 367.000 Existenzgründungen, das waren rund 14.000 oder 3,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Allerdings war das Gründungsgeschehen nicht in allen Bundesländern rückläufig: Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Saarland verzeichneten eine leichte Belebung. Diese [Daten](#) präsentierte das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn am 23. April 2019. Die Zahl der [gewerblichen Existenzgründungen](#) lag bei rund 270.000, rund 9.000 beziehungsweise 3,2 Prozent weniger als 2017. Dies stellt den achten Rückgang seit 2011 dar. Erstmals sank die Anzahl der [Existenzgründungen in den Freien Berufen](#). Der Zuwachs betrug nur noch 90.400 nach zuvor 94.700, das sind 4,5 Prozent weniger. Allerdings weist das IfM darauf hin, dass dieser Rückgang auch auf Umstellungen bei der Datenermittlung seitens der Finanzverwaltung zurückgeführt werden kann. Die Lage wird sich klären, wenn der BFB im Verlauf des Juni die vom Institut für Freie Berufe in Nürnberg (IFB) erhobene Statistik zu den Selbstständigen in den Freien Berufen zum Stichtag 1. Januar 2019 vorstellt. Bisher zeichnet sich allerdings keine Trendumkehr ab: Jahr für Jahr verbuchen die Freien Berufe ein solides Wachstum für sich. Die Zahl der selbstständigen Freiberufler ist zwischen Jahresbeginn 2017 und 2018 von 1,382 Millionen auf 1,407 Millionen Personen gestiegen, ein Plus von 1,8 Prozent.

2. Bundesregierung zur Wiedereinführung der Meisterpflicht

Die Bundesregierung prüft derzeit, ob für bestimmte Berufe wieder die Meisterpflicht eingeführt werden soll. Das geht aus der Antwort ([19/9185](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/8132](#)) der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hervor, die Ende vergangener Woche veröffentlicht wurde. Die Bundesregierung beabsichtigt zudem nicht, die Zahl der bis dato zulassungspflichtigen Gewerke zu reduzieren. Sie geht davon aus, dass diese nach wie vor durch die der damaligen Gesetzgebung zugrunde gelegten Gesichtspunkte der besonderen Gefahreneignigkeit und der Ausbildungssicherung gerechtfertigt sind.

3. Nationale Weiterbildungsstrategie soll im Sommer kommen

Die Bundesregierung plant, das Aus- und Weiterbildungsangebot transparenter zu machen. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/9161](#)) auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der FDP ([19/8535](#)), über die der Deutsche Bundestag am 23. April 2019 informierte. In Deutschland gibt es etwa 200 Datenbanken mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen, so die Bundesregierung. Sie verweist darauf, dass fast alle Bundesländer eigene Weiterbildungsdatenbanken unterhalten, benennt explizit die KURSNET-Datenbank der Bundesagentur für Arbeit und das Portal www.der-weiterbildungsratgeber.de des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Die Bundesregierung beabsichtigt derzeit nicht, den Weiterbildungsmarkt durch eigene Qualitätsstandards und Auswahlkriterien zu regulieren. Im Zuge der Nationalen Weiterbildungsstrategie wird sie mit den Sozialpartnern und Ländern Weichen für eine neue Weiterbildungskultur etablieren sowie bestehende Instrumente besser verzahnen und bündeln. Die Strategie wird voraussichtlich im Sommer 2019 vorgelegt.

4. **OECD-Beschäftigungsausblick 2019**

Der am 25. April 2019 präsentierte [OECD-Beschäftigungsausblick 2019](#) widmet sich dem Thema Zukunft der Arbeit. Der Bericht untersucht die Auswirkungen der Megatrends Globalisierung, Digitalisierung und Bevölkerungsalterung auf die Arbeitsmärkte der OECD-Länder. Er analysiert die Trends zu Zahl und Qualität von Arbeitsplätzen sowie ihren Beitrag zu inklusivem Wachstum. Zudem werden die Folgen für Aus- und Weiterbildung, soziale Sicherung und sozialen Dialog betrachtet. In den nächsten 15 bis 20 Jahren könnten laut der Autoren im OECD-Raum 14 Prozent der aktuellen Arbeitsplätze aufgrund von Automatisierung verschwinden; weitere 32 Prozent dürften sich radikal verändern. Die korrespondierenden Werte für [Deutschland](#) liegen über dem Durchschnitt. Von Automatisierung betroffen sind 18,4 Prozent, einem Änderungsrisiko ausgesetzt sind 35,8 Prozent. Die OECD rechnet aber kaum mit massiver technologischer Arbeitslosigkeit, sondern stellt in Aussicht, dass neue Arbeitsplätze entstehen werden. Zudem behauptet die OECD, dass Deutschland das einzige OECD-Land sei, in dem alle Selbstständigen, unabhängig davon, wie viel sie verdienen, auf rein freiwilliger Basis an der Altersvorsorge teilnehmen. Dies könne ihr Armutsrisiko im Alter erhöhen. Allerdings blendet sie dabei die Versicherungspflicht für verschiedene Selbstständigengruppen wie auch Teile der Freien Berufe offenbar aus.

5. **Europa-2020-Beschäftigungsindikatoren**

2018 lag die Erwerbstätigenquote der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren in der Europäischen Union (EU) mit 73,2 Prozent höher als mit 72,2 Prozent 2017. In der Strategie Europa 2020 wurde als Ziel festgelegt, bis 2020 in der EU bei den 20- bis 64-Jährigen eine Erwerbstätigenquote von insgesamt mindestens 75 Prozent zu erreichen. Diese Vorgabe wurde in unterschiedliche nationale Ziele umgesetzt, um die Situationen und Möglichkeiten der einzelnen Mitgliedstaaten zu berücksichtigen. Der Aufwärtstrend bei der Erwerbstätigenquote lässt sich sowohl für Männer als auch für Frauen erkennen. Auch die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen stieg in der EU in den letzten Jahren stetig an. Diese Informationen stammen aus Ergebnissen der [Europäischen Arbeitskräfteerhebung](#) für 2018 und wurden vom statistischen Amt der Europäischen Union am 25. April 2019 [veröffentlicht](#). 13 Mitgliedstaaten haben ihre Europa-2020-Beschäftigungsziele bereits erreicht: Erwerbstätigenquoten über 75 Prozent verzeichneten Schweden mit 82,6 Prozent, Tschechien und Deutschland mit jeweils 79,9 Prozent, Estland, die Niederlande, das Vereinigte Königreich, Dänemark, Litauen, Lettland, Finnland, Österreich, Portugal und Slowenien. Von diesen Mitgliedstaaten haben Tschechien, Deutschland, Estland, Lettland, Litauen, Portugal, Slowenien und Schweden ihre individuellen 2020-Zielwerte erreicht beziehungsweise übertroffen, was auch für Irland, Kroatien, Malta, Polen und die Slowakei zutrifft. Die niedrigste Erwerbstätigenquote wurde mit 59,5 Prozent in Griechenland registriert, gefolgt von Italien, Kroatien und Spanien.

6. **Frauen in Führungspositionen**

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz erarbeiten derzeit laut Bundesregierung „einen gemeinsamen Referentenentwurf zur Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen für mehr Frauen in Führungspositionen“. Ein Datum für die Einbringung eines Gesetzentwurfs könne im jetzigen Verfahrensstadum noch nicht genannt werden, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/9204](#)) auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen ([19/8453](#)), die der Deutsche Bundestag Ende vergangener Woche veröffentlichte.